

CDU Kreisverband Lüchow-Dannenberg

Endlich machen, was nötig ist –

Der Lüchow-Dannenberg-Plan für unsere Heimat!

Inhaltsverzeichnis

1.Wirtschaftliches Wachstum entschieden vorantreiben (Seite 4 -7)

1.1. Wirtschaftsfreundliche Verwaltung schaffen
1.2 Wirtschaftsförderung stärken
1.3 Raum für Gründerinnen, Gründer und Fachkräfte schaffen
1.4 Lost Places in Zukunftsstandorte verwandeln
1.5 Digitale Infrastruktur (Gigabit) ausbauen
1.6. Wir betrachten Erneuerbare Energien als Standortmotor
1.7. Nutzung regionaler Rohstoffe (Lithium) prüfen
1.8. Mehr Freiheit und Dynamik in der Regionalplanung
1.9. Wir wollen unsere Städte wiederbeleben

2. Landwirtschaft – Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft (Seite 7-8)

2.1. Wasserförderung & Beregnung sichern
2.2. Regionale Wertschöpfung halten
2.3. Verwaltung als Partner der Landwirtschaft
2.4. Landwirtschaftliche Wege sanieren

3. Eine Verkehrspolitik für alle (Seite 9 -12)

3.1 Wendlandbahn modernisieren & wirtschaftlich nutzen
3.2 HVV-Tarif bis Lüchow
3.3 Kreisweites Carsharing ist fehlgeschlagen
3.4 B248/B191 & Anschluss A39
3.5 Elbbrücke Neu Darchau bauen
3.6 Kommunale Straßen sanieren (K8)
3.7 Radwege bedarfsgerecht ausbauen und sanieren
3.8 Tempobeschränkungen gezielt einsetzen
3.9 Bürgerbusse stärker unterstützen
3.10 Mitfahrbänke reaktivieren und weiterentwickeln
3.11 Schülertransport sicherer/effizienter
3.12 Weitere Landesbuslinien einführen
3.13. ÖPNV-Wirtschaftlichkeitscheck

4. Für ein sicheres und soziales Lüchow-Dannenberg (Seite 12-14)

4.1 Gesundheitsversorgung sichern
4.2 Eigene Inobhutnahmestelle (§ 42 SGB VIII)
4.3 Sozialen Wohnraum schaffen
4.4 Ehrenamt & Blaulichtfamilie stärken
4.5 Brand-/Katastrophen-/Bevölkerungsschutz modernisieren
4.6 Prävention, Bildung & Zusammenarbeit ausbauen
4.7 Klimafolgeanpassung als Bevölkerungsschutz

5. Integration nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ (Seite 14-15)

5.1 „Peiner Modell“ einführen
5.2 Arbeit als Schlüssel zur Integration
5.3 Sprachförderung mit Praxis verbinden
5.4 Mobilität als Voraussetzung (Wendland-Ticket)
5.5 Bedarfsgerechte & gerechte Unterbringung

6. Bildung modernisieren – Kulturlandschaft erhalten (Seite 15-17)

6.1 Kitas bedarfsgerecht ausbauen
6.2 Schulbauten modernisieren
6.3. BBS Lüchow sichern/modernisieren
6.4. Musikschule erhalten
6.5. KVHS Uelzen–Lüchow-Dannenberg sichern & ausbauen
6.6. Schulverpflegung praxisgerecht
6.7. Ganztagsangebote ausbauen
6.8. Kulturförderung & Museen sichern
6.9. Bibliotheken am Wochenende öffnen

7. Verwaltungsmodernisierung & interkommunale Zusammenarbeit (Seite 17)

7.1 Digitalisierung & Verwaltungsmodernisierung vorantreiben
7.2. Gebäudemanagement mit Uelzen beenden
7.3. Bürgerserviceboxen an Samtgemeinden einführen

Lüchow-Dannenberg steht an einem Wendepunkt!
Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Perspektiven entstehen nicht durch Stillstand und ideologische Grundsatzdiskussionen, sondern durch Innovation, Weitsicht und wirtschaftliche Vielfalt.

Die aktuelle Politik verkennt häufig diese Realität. **Wer dauerhaft Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität in Lüchow-Dannenberg erhalten will, muss Wirtschaft, Forschung, Technologie, Energie und Mobilität neu denken – und endlich entschlossen handeln.**

Dieser Landkreis braucht Entwicklung, nicht Verwaltung.

Die CDU Lüchow-Dannenberg steht deshalb für eine klare Kurskorrektur: Weg von ideologischer Dogmatik – hin zu einer offenen, modernen und leistungsfähigen Regionalpolitik, die Wachstum ermöglicht, Wohlstand sichert, Chancen nutzt und Verantwortung übernimmt.

Die desaströse Finanzlage von Bund, Land und Kommunen führt dazu, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zunehmend knapper werden. Dies zwingt uns, auch unsere Erwartungen an die Aufgabenwahrnehmung durch den Staat realistisch anzupassen und zu überprüfen, welche Leistungen tatsächlich leistbar und prioritär sind. **Die Zeiten des „Allversorgungsstaates“ sind vorbei.**

Nur durch eine klare Schwerpunktsetzung, wirtschaftliches Handeln und den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern kann die Handlungsfähigkeit unseres Landkreises langfristig gesichert werden. Nur so können wir unsere einzigartige Heimat erhalten – stark, lebendig und zukunftsfähig.

1. Wirtschaftliches Wachstum entschieden vorantreiben!

Die Zukunft Lüchow-Dannenbergs entscheidet sich daran, ob es gelingt, Wertschöpfung, Innovation und Arbeitsplätze im Landkreis zu halten und neue zu schaffen. Tourismus, Sozial- und Kreislaufwirtschaft sind wichtige Säulen, doch sie allein tragen keine Region. Wir brauchen eine breit aufgestellte, moderne Wirtschaftspolitik, die Forschung, Technologie, Digitalisierung, Handwerk, Mittelstand und Industrie gleichermaßen stärkt. Offenheit für Neues schafft Perspektiven für Fachkräfte, Gründerinnen und Gründer sowie junge Familien – und sichert damit langfristig die Lebensqualität in unserer Heimat.

1.1. Wir wollen eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung schaffen

In vielen Bereichen wird die Verwaltung von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern als zu komplex, zeitaufwendig und wenig flexibel wahrgenommen. Zuständigkeiten sind nicht immer eindeutig, Verfahren verlaufen mitunter langwierig, und neue Vorhaben stoßen gelegentlich auf Zurückhaltung statt auf Unterstützung. Wir möchten daher eine Weiterentwicklung der Verwaltungskultur anstoßen – in allen Fachbereichen, von der

Bauverwaltung über den Denkmalschutz bis hin zur unteren Naturschutzbehörde. Künftig sollte die Leitfrage lauten: *Wie kann ein Anliegen möglich gemacht werden?*

Digitale Prozesse, klare Zuständigkeiten und verbindliche Fristen sollen dabei zur Selbstverständlichkeit werden. Wo bestehende Strukturen dauerhaft Lösungen erschweren, sollten gezielt organisatorische Anpassungen oder Verfahrensvereinfachungen geprüft werden. Lüchow-Dannenberg braucht eine Verwaltung, die lösungsorientiert denkt und handelt – mit engagierten Menschen, die gestalten wollen und pragmatisch Wege finden.

1.2. Wir wollen die Wirtschaftsförderung stärken!

Gerade Gründerinnen, Gründer und externe Investoren scheitern häufig nicht an Ideen, sondern an der Bürokratie. Sie verlieren sich in Zuständigkeiten, Fristen und Formularen, während Projekte an Abstimmungsproblemen zwischen Behörden hängen bleiben. Um das zu ändern, setzen wir uns für die Stärkung unserer Wirtschaftsförderung (GWBF) als einen Verwaltungslotsen ein, der als zentrale Anlaufstelle für alle wirtschaftlichen Anliegen dient – von der Idee bis zur Genehmigung. Die GWBF soll Informationen bündeln, Abstimmungen koordinieren und Verfahren beschleunigen. So entsteht Vertrauen, Planbarkeit und Verlässlichkeit – die Grundlage für neue Investitionen und Arbeitsplätze.

1.3. Wir wollen Raum für Gründerinnen, Gründer und Fachkräfte schaffen

Innovative Ideen und engagierte Menschen sind der Motor unserer regionalen Entwicklung – doch sie brauchen Raum, um sich zu entfalten. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer finden häufig keine geeigneten Büroflächen, während Fachkräfte und Auszubildende an fehlendem Wohnraum scheitern.

Wir setzen uns dafür ein, dass leerstehende Gebäude und kommunale Immobilien aktiv als Start- und Arbeitsräume genutzt werden – insbesondere für junge Unternehmen und kreative Gründerinnen und Gründer. Temporär mietfreie oder kostengünstige Flächen sollen den Einstieg erleichtern und Innovation fördern. Gleichzeitig wollen wir gezielt Wohnraum für Fachkräfte, Auszubildende und junge Familien schaffen. Gemeinsam mit Wirtschaft, Bauvereinen und Gemeinden sollen schnelle, modulare und geförderte Projekte umgesetzt und vorhandene Förderprogramme konsequent genutzt werden.

Lüchow-Dannenberg muss sich im Standortmarketing klar als offener, mutiger und zukunftsorientierter Raum für Digitalisierung, Forschung, Handwerk und Technologie positionieren. Nur wer hier Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten findet, kann bleiben und zum Erfolg der Region beitragen.

1.4. Wir wollen unsere „Lost Places“ in Zukunftsstandorte verwandeln

Viele brachliegende Standorte, etwa in Neu Tramm, die ÜFEST bei Woltersdorf, das Vogler-Gelände, oder das des ehemaligen Bergwerks Gorleben, liegen seit Jahren

ungenutzt und symbolisieren Stillstand statt Aufbruch. Diese Flächen sind jedoch keine Belastung, sondern eine Chance. Wir wollen sie in eine strategische Standortoffensive überführen. Dafür müssen zügig die rechtlichen Planungsgrundlagen – etwa durch Anpassungen im Regionalen Raumordnungsprogramm und in der Bauleitplanung – geschaffen werden. Nur wenn der Landkreis aktiv Entwicklung ermöglicht, gewinnen wir Investoren, schaffen Arbeitsplätze und nutzen vorhandene Potenziale.

1.5. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur

Ohne leistungsfähiges Internet gibt es keine wirtschaftliche Zukunft. Noch immer sind viele Orte im Landkreis unzureichend an das Breitband- und Glasfasernetz angeschlossen. Das kostet Betriebe Aufträge, Fachkräfte und Wettbewerbsfähigkeit. Wir fordern, dass alle Gewerbe- und Wohngebiete zügig an moderne Gigabit-Netze angeschlossen werden. Digitale Infrastruktur muss in allen Förder- und Bauprogrammen höchste Priorität erhalten.

1.6. Wir betrachten Erneuerbare Energien einschließlich Biogas und grünen Wasserstoff als Standortmotor

Lüchow-Dannenberg besitzt hervorragende Voraussetzungen, um sich als Modellregion für nachhaltige Energieversorgung zu etablieren. Die Energiewende ist längst im Gange, doch die regionale Wertschöpfung bleibt häufig hinter ihren Möglichkeiten zurück. Wir setzen uns deshalb für den konsequenten Ausbau von Photovoltaik-, Wind- und Biogasanlagen ein, unter der klaren Bedingung, dass die Region selbst davon profitiert. Bürgerinnen, Gemeinden und Betriebe sollen durch Beteiligungsmodelle, kommunale Einnahmen und faire Energiepreise direkt an den Erträgen teilhaben.

Biogasanlagen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur regionalen Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe. Für ihren wirtschaftlichen und CO_2-effizienten Weiterbetrieb sind verlässliche gesetzliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen notwendig. Landes- und Bundespolitik müssen Anreize schaffen, damit dezentrale Energieproduktion, landwirtschaftliche Wertschöpfung und Klimaschutz Hand in Hand gehen.

Darüber hinaus bietet Lüchow-Dannenberg ideale Voraussetzungen für den Aufbau einer Wasserstoff- und Speicherinfrastruktur. Das Gelände des ehemaligen Bergwerks Gorleben verfügt über geothermische Potenziale, die gezielt für eine nachhaltige Energiezukunft genutzt werden sollten. So wird aus der Energiewende ein echter Standortvorteil – ökologisch, wirtschaftlich und regional verankert.

1.7. Wir wollen die Nutzung regionaler Rohstoffe insbesondere Lithium – als Zukunftschance prüfen

Der weltweite Bedarf an Lithium als Schlüsselrohstoff für Batterien, Elektromobilität und Energiewende wächst rasant. Bislang ist Deutschland fast vollständig von Importen abhängig. Sollte Lüchow-Dannenberg über wirtschaftlich nutzbare Vorkommen verfügen, wäre das eine enorme Chance für regionale Wertschöpfung. Wir begrüßen ausdrücklich

die geplante Voruntersuchung möglicher Lithiumvorkommen. Sollten sich – ähnlich wie in der Altmark – abbaubare Ressourcen bestätigen, werden wir einen kontrollierten, transparenten und gesetzeskonformen Abbau politisch unterstützen. Ein regionaler Lithiumabbau kann Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaftskraft steigern und Lüchow-Dannenberg zu einem strategisch wichtigen Standort für Zukunftstechnologien machen – unter der Bedingung, dass Umwelt- und Rechtsstandards strikt eingehalten werden.

1.8. Mehr Freiheit und Dynamik im Regionalen Raumordnungsprogramm

Lebens- und Wirtschaftsbedingungen verändern sich heute schneller als starre Planwerke Schritt halten können. Ein Regionales Raumordnungsprogramm muss deshalb kein Korsett sein, sondern ein Rahmen, der Entwicklung ermöglicht. Unser RROP ist derzeit zu eng ausformuliert und schränkt damit notwendige Gestaltungsspielräume ein. Wir fordern mehr planerische Freiheit für die Region, um auf wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Veränderungen flexibler reagieren zu können. Regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen an reale Entwicklungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden. Ziel ist ein dynamisches Planungsverständnis, das Chancen erkennt, Innovation zulässt und den Kommunen vor Ort mehr Entscheidungsfreiheit gibt. Lüchow-Dannenberg braucht eine Raumordnung, die nicht bremst, sondern Entwicklung möglich macht.

1.9. Wir wollen unsere Innenstädte wiederbeleben

Viele Innenstädte und Ortskerne verlieren an Leben, der Einzelhandel kämpft mit sinkenden Besucherzahlen, und leerstehende Gebäude prägen das Bild. Dieser Stillstand gefährdet die Attraktivität und das soziale Miteinander in unseren Gemeinden. Wir fordern Programme, die Leerstände in attraktive Wohn- und Arbeitsräume umwandeln. Wohnen, Arbeiten und Leben müssen wieder näher zusammenrücken. Das stärkt die lokale Wirtschaft, belebt den Handel und reduziert unnötigen Verkehr. Unsere Innenstädte dürfen nicht museal, sondern müssen lebendig sein – Orte des Miteinanders und der wirtschaftlichen Dynamik.

2. Landwirtschaft – Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft

Die Landwirtschaft bleibt einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Unsere Betriebe sichern Ernährung, Arbeitsplätze, Kulturlandschaft und regionale Wertschöpfung. In der Praxis stehen sie jedoch immer häufiger zwischen instabilen Märkten, hohen Auflagen und langwierigen Verfahren. Ideologisch geprägte Agrarpolitik gefährdet Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit – das nehmen wir nicht hin. Wir stehen für eine Landwirtschaftspolitik mit Augenmaß, Praxisnähe und Respekt vor der Leistung unserer bäuerlichen Familienbetriebe.

2.1. Wir sichern Wasserförderung und Beregnung als Grundlage der Produktion

Wasser ist das zentrale Produktionsmittel, doch Genehmigungen von Förderung von Wasser und damit die Speicherung, den Rückhalt sowie die Verteilung dauern zu lange und sind zu teuer. Wir wollen kurze Wege, einfache Verfahren und pragmatische Entscheidungen, damit Betriebe handlungsfähig bleiben. Beregnung soll im rechtlich maximal zulässigen Umfang ermöglicht werden. Ziel ist eine rechtssichere, praxisgerechte Wasserwirtschaft, die Planungssicherheit schafft und die Zukunftsfähigkeit unserer Region stärkt.

2.2. Wir halten regionale Wertschöpfung im Landkreis – Vorgelagerte Wirtschaft stärken

Eine starke Landwirtschaft braucht auch starke vorgelagerte und nachgelagerte Strukturen. Wenn Wertschöpfungsketten unterbrochen sind oder regionale Lösungen fehlen, verliert der Landkreis an wirtschaftlicher Kraft und ökologischer Effizienz. Ein Beispiel dafür ist die Situation der Stärke-Fabrik AVEBE: Dass der dort anfallende Mutterboden derzeit nicht im Landkreis verbleiben kann, ist weder ökologisch sinnvoll noch wirtschaftlich vertretbar. Wir setzen uns daher für praxisnahe und rechtssichere Lösungen ein, die regionale Stoffkreisläufe schließen, unnötige Transporte vermeiden und die Verwertung landwirtschaftlicher Nebenprodukte im Landkreis ermöglichen. Ziel ist, dass die Wertschöpfung aus Produktion, Verarbeitung und Veredelung künftig stärker in der Region bleibt und lokale Betriebe davon profitieren.

2.3. Wir wollen eine Verwaltung als Partner der Landwirtschaft und wollen Naturschutz mit Augenmaß

Landwirtinnen und Landwirte sind keine Bittsteller, sondern tragende Säulen unserer Region. Wir erwarten in allen Fachbereichen einen respektvollen, sachlichen und lösungsorientierten Umgang auf Augenhöhe. Verwaltung wird zum Partner – mit klaren Zuständigkeiten, verbindlichen Fristen und erkennbarer Hilfsbereitschaft. Sondermaschinen, Lagerflächen und bauliche Anpassungen werden zu oft durch überzogene Bürokratie verzögert. Wir fordern einheitliche, schnelle und vollständig digitale Genehmigungsverfahren. Die Verwaltung muss Dienstleister sein: Anträge werden zügig, sachlich und lösungsorientiert bearbeitet – nicht an Formalien ausgebremst.

2.4. Wir setzen die Sanierung landwirtschaftlicher Wege zukunftsfähig um

Viele Wirtschaftswege sind in schlechtem Zustand, das behindert Ernte, Versorgung, Handwerk und Naherholung. Wir fordern verlässliche kommunale Investitionen in Wege- und Wegebau sowie ein priorisiertes Instandhaltungsprogramm. Ziel ist ein stabiles, ganzjährig befahrbares Wegenetz, das die Arbeit der Betriebe ermöglicht und ihr Engagement für die Dorfgemeinschaft anerkennt.

3. Eine Verkehrspolitik für alle

Mobilität ist im ländlichen Raum keine Frage des Komforts, sondern Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Stärke, Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. Viele Bürgerinnen und Bürger sind auf das Auto angewiesen, während gleichzeitig der öffentliche Nahverkehr zu wenig Alternativen bietet. Wir stehen für eine Verkehrspolitik der Vernunft, die alle Verkehrsträger berücksichtigt und Mobilität ermöglicht, statt sie zu behindern und gleichzeitig den wirtschaftlichen Rahmen im Blick behält. Ziel ist ein Landkreis, der gut erreichbar, wirtschaftlich angebunden und ökologisch verantwortungsvoll bleibt.

3.1. Wir wollen die Wendlandbahn KBS 112 modernisieren und wirtschaftlich nutzen

Die Bahnverbindung Lüneburg – Dannenberg ist weder ausgelastet noch attraktiv für den Personen- und Güterverkehr. Wir setzen uns für eine technische und bauliche Modernisierung der Strecken zum Vorteil der Berufspendler und Freizeitzwecke bzw. Touristen ein. Einen erheblichen Aspekt stellt bei der Modernisierung der Güterverkehr da. Unser Ziel ist ein verlässlicher 2-Stunden-Takt im Personenverkehr sowie der Aufbau eines regionalen Güterkorridors. Die Wendlandbahn ist keine Nostalgie – sie ist eine Lebensader für die Zukunft des Landkreises.

3.2. Wir fordern die HVV-Tarifausweitung bis Lüchow

Für viele Pendlerinnen, Schülerinnen, Studierende und Familien sind die hohen Ticketpreise ein echtes Hindernis. Ohne faire Tarife wird der öffentliche Nahverkehr nicht genutzt. Wir fordern deshalb die Verlängerung des HVV-Tarifgebietes auf der Buslinie vom Ostbahnhof bis Lüchow ZOB. Das schafft durchgängige, bezahlbare Verbindungen und stellt endlich Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land her. Mobilität darf nicht am Landkreisende enden.

3.3. Wir halten das kreisweite Carsharing für fehlgeschlagen

In der Vergangenheit haben kreisweite Carsharing-Angebote im Landkreis gezeigt, dass sie weder wirtschaftlich betrieben werden können, noch den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum entsprechen. Fahrzeuge blieben stehen, Kosten explodierten, der Nutzen war gering. Wir lehnen daher eine erneute kreisweit Einführung ab. Lokale Initiativen werden wir weiterhin unterstützen. Statt ineffiziente Modellprojekte zu finanzieren, wollen wir vorhandene Mittel gezielt in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in Mitfahrangebote und flexible Mobilitätslösungen investieren. Wir setzen auf Realismus statt Symbolpolitik.

3.4. Wir wollen den Ausbau der B 248 / B 191 und den Anschluss an die A 39 sichern

Engpässe, Überholrisiken und fehlende überregionale Anbindung belasten Wirtschaft, Sicherheit und Alltag vieler Bürgerinnen. Wir fordern deshalb die zügige Umsetzung des

2+1-Überholspurkonzepts sowie den Anschluss des Landkreises an die zukünftige A 39 (Anschlussstelle Stöcken). Das ist kein Luxusprojekt, sondern eine Investition in Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Nur mit leistungsfähiger Straßeninfrastruktur bleibt Lüchow-Dannenberg attraktiv für Betriebe, Tourismus und Pendler.

3.5. Wir wollen die Elbbrücke Neu Darchau endlich bauen

Die Region Neu Darchau leidet seit Jahren unter der unsicheren Fährverbindung. Das erschwert den Alltag, hemmt Investitionen und trennt Märkte. Wir fordern den Bau der Elbbrücke Neu Darchau als dauerhafte, verlässliche Verbindung. Sie steht für Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen beiden Elbseiten. Diese Brücke verbindet Menschen!

3.6. Wir setzen uns für die Sanierung und den Ausbau kommunaler Straßen ein – K8 endlich sanieren

Viele Kreis- und Gemeindestraßen befinden sich in schlechtem Zustand. Schlaglöcher, fehlende Markierungen und unsichere Wege gefährden nicht nur den Verkehr, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen ein verbindliches, jährlich fortgeschriebenes Sanierungsprogramm, um den Investitionsstau Schritt für Schritt abzubauen. Wir wollen die Sanierung der K 8 in der kommenden Wahlperiode beginnen. Bauabläufe sind besser zu koordinieren, Fördermittel konsequent auszuschöpfen. Straßen sind Daseinsvorsorge – nicht Nebensache.

3.7. Wir wollen Radwege bedarfsgerecht ausbauen und sanieren

Sichere und funktionale Radwege sind im ländlichen Raum besonders wichtig. Viele Routen sind jedoch in schlechtem Zustand oder enden abrupt. Wir setzen uns für den gezielten Ausbau und die Sanierung vorhandener Radwege ein. Deichverteidigungs- und Wirtschaftswege sollen stärker integriert werden, um ein zusammenhängendes Netz zu schaffen.
Wir unterstützen sichere Radwege an Schulen und in Ortschaften. Unser Ziel bleibt die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer.

3.8. Wir setzen Tempobeschränkungen gezielt ein

Verkehrssicherheit braucht differenzierte Lösungen – keine generellen Verbote. Dort, wo objektive Gefahren bestehen – etwa an Schulen, Kitas oder Seniorenheimen – sind niedrigere Geschwindigkeiten selbstverständlich. Aber flächendeckende Tempo-30-Zonen gefährden die Leistungsfähigkeit des innerstädtischen Verkehrs und schaffen neue Staus. Wir setzen auf intelligente Verkehrssteuerung statt planloser Verlangsamung.

3.9. Wir wollen Bürgerbusse stärker unterstützen

Gerade in dünn besiedelten Gebieten sind Bürgerbusse eine besondere effiziente Ergänzung des spärlichen ÖPNV. Wir wollen neue derartige Initiativen mit einer Anschubfinanzierung unterstützen. Für alle bereits bestehende Bürgerbussysteme richten wir einen Fond ein, der bei der Fahrzeugbeschaffung nennenswert unterstützen wird.

3.10. Wir wollen Mitfahrbänke reaktivieren und weiterentwickeln

Das frühere System der Mitfahrbänke hat sich als einfach und gemeinschaftlich erwiesen, wurde aber kaum digital genutzt und ist in Vergessenheit geraten. Dieses möchten wir durch ein gezieltes Marketing verändern, So verbinden wir Tradition und Innovation – wendlandtypisch pragmatisch und umweltfreundlich.

3.11. Wir wollen den Schülertransport sicherer und effizienter gestalten

Der Schülertransport ist teuer, unübersichtlich und teilweise unsicher organisiert. Wir fordern die Einrichtung sicherer Haltestellen, besser koordinierter Schülerverkehr mit Integration in den ÖPNV, um Fahrten kostendeckender und effizienter zu gestalten. Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Alltagstauglichkeit müssen endlich zusammenkommen, damit Kinder sicher und stressfrei zur Schule gelangen und unnötige Wege mit immer mehr Gepäck ein Ende haben.

3.12. Wir wollen weitere Landesbuslinien einführen

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg verfügt bislang über keine leistungsfähige Ost-West-Verbindung. Dadurch bleiben Ausbildungs- und Arbeitsplätze im angrenzenden Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch im Landkreis Uelzen schwer erreichbar, und wirtschaftliche Potenziale werden nicht ausreichend genutzt. Auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion wurde bereits die Landesbuslinie Uelzen–Lüchow erfolgreich eingeführt – ein wichtiger erster Schritt für mehr Mobilität im ländlichen Raum. Daran wollen wir anknüpfen: Wir setzen uns dafür ein, eine weitere Landesbuslinie von Uelzen über Dannenberg und Dömitz bis nach Ludwigslust einzurichten, um die Verbindungen zwischen Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Zudem fordern wir die Einrichtung einer Landesbuslinie von Lüchow über Gartow nach Wittenberge. Damit entsteht eine direkte Anbindung an das Bahnnetz Berlin/Brandenburgs und Hamburgs. Diese Ost-West-Verknüpfung stärkt Ausbildung, Arbeit, Tourismus und wirtschaftliche Kooperationen – und macht Lüchow-Dannenberg zur echten Brücke zwischen den Regionen.

3.13. Wir wollen einen ÖPNV- Wirtschaftlichkeitscheck

Bis Ende 2026 steht die Neuausschreibung des ÖPNV an. Derzeit ist unklar, ob die kreiseigene LSE oder private Anbieter den Verkehr wirtschaftlicher betreiben können. Wir fordern eine unabhängige Markt- und Effizienzanalyse, bevor neue Verträge geschlossen werden. Nur Fakten dürfen entscheiden – nicht Besitzstände oder

Gewohnheiten. Unser Ziel ist das beste, effizienteste Modell für Fahrgäste und Kreisfinanzen.

4. Für ein sicheres und soziales Lüchow-Dannenberg

Sicherheit und sozialer Zusammenhalt sind Grundpfeiler einer lebenswerten Region. Nur wo Menschen sich sicher fühlen, wo Hilfe funktioniert und soziale Verantwortung gelebt wird, entsteht echte Heimat. Wir stehen für ein Lüchow-Dannenberg, das Verantwortung übernimmt – für Gesundheit, Pflege, Integration und Ehrenamt.

4.1 Wir wollen die Gesundheitsversorgung im Landkreis sichern

Das Krankenhaus Lüchow-Dannenberg steht unter Druck, Ärztinnen und Pflegekräfte sind schwer zu gewinnen, und pflegende Angehörige sind häufig überlastet. Wir sagen klar: Der Erhalt des Krankenhauses ist nicht verhandelbar. Eine Rekommunalisierung lehnen wir ab, weil sie die strukturellen Probleme nicht löst. Bund und Land müssen für eine verlässliche finanzielle Sicherung sorgen. Neue Ärztinnen und Ärzte wollen wir durch gezielte Förderprogramme, etwa durch die Bereitstellung von Praxisräumen oder die Gründung moderner medizinischer Versorgungszentren, gewinnen. Pflegende Angehörige verdienen Entlastung und Anerkennung. Der Pflegestützpunkt des Landkreises muss gestärkt und bei Bedarf ausgebaut werden.

4.2. Wir fordern eine eigene Inobhutnahmestelle für Jugendliche (§ 42 SGB VIII)

Bislang müssen Kinder und Jugendliche in Krisen in einigen extremen Fällen außerhalb des Landkreises untergebracht werden – das ist teuer (es gibt Fälle die 100.000 € im Monat kosten), unpersönlich und erschwert die Zusammenarbeit mit Schulen und Familien.
Wir fordern deshalb die Errichtung einer eigenen Inobhutnahmestelle im Landkreis nach § 42 SGB VIII. So bleiben Betreuung, Finanzierung und Verantwortung in der Region, Arbeitsplätze werden gesichert und Hilfesysteme enger vernetzt. Soziale Verantwortung heißt: lokal handeln statt auslagern.

4.3. Wir wollen sozialen Wohnraum schaffen

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Auch im Wendland fehlt zunehmend Wohnraum für Geringverdienende, Transferleistungsbeziehende und junge Familien. Wir fordern eine aktive kommunale Wohnraumpolitik, die nicht nur fördert, sondern gestaltet. Bundes- und Landesprogramme müssen konsequent genutzt werden, um Neubau, Sanierung und Umnutzung voranzubringen. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, Genossenschaften und privaten

Investoren sollen neue Konzepte entstehen – insbesondere in Ortszentren und gut angebundenen Flächen.

4.4. Wir wollen das Ehrenamt und die Blaulichtfamilie stärken

Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen leisten Enormes – meist im Stillen. Doch Nachwuchsgewinnung, Qualifizierung und Ausstattung geraten zunehmend an Grenzen. Wir wollen eine neue Kultur der Wertschätzung und Förderung schaffen. Führungskräfte im Ehrenamt sollen gezielt unterstützt werden, etwa durch Kooperationen mit Sportvereinen oder Krankenkassen. Digitale und flexible Lehrgänge, beispielsweise über die Kreisvolkshochschule, erleichtern Einstieg und Weiterbildung. Eine moderne Ausstattung der Feuerwehrtechnischen Zentrale Dannenberg ist dabei unverzichtbar. Ehrenamt braucht Struktur, nicht nur Applaus.

4.5. Wir modernisieren Brand-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Viele Ortsfeuerwehren arbeiten mit veralteter Technik, unzureichender Schutzkleidung und beengten Umkleiden. Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Erhalt von funktionsfähigen Ortswehren ein und fordern planmäßige Fahrzeugersatzbeschaffung, moderne Schutzkleidung und hygienische Umkleidemöglichkeiten, auch für Frauen in kleineren Wehren.
Bei Neubauten von Feuerwehrgebäuden setzen wir zukünftig auf Modul-/Systembauweise. Kontaminierte Kleidung soll zentral in Lüchow, Dannenberg oder Gartow gereinigt werden können. Nach belastenden Einsätzen brauchen Einsatzkräfte schnelle, unbürokratische, psychologische Unterstützung über die Leitstelle. Die Feuerschutzsteuer muss nach Risiko statt Einwohnerzahl verteilt werden. Die Technische Einsatzleitung erhält mehr Personal, modernste Ausstattung und praxisnahe Ausbildung. Sicherheit ist Daseinsvorsorge.

4.6. Wir wollen Prävention, Bildung und Zusammenarbeit ausbauen

Sicherheitsbewusstsein beginnt schon in der Schule. Wir fordern, dass Brandschutzerziehung, Erste Hilfe, Polizeiarbeit und Gewaltprävention bereits in Grundschulen fest verankert werden. Diese Projekte sollen vom Landkreis finanziell unterstützt und über die Kreisvolkshochschule ggf. begleitet werden.
Ein- bis zweimal jährlich sollen verbindliche Katastrophenschutzübungen stattfinden, die extern evaluiert werden, um Schwachstellen realistisch zu erkennen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus, Leitstelle und Hilfsorganisationen muss verbessert werden – für schnelles, koordiniertes Handeln im Ernstfall.

4.7. Wir sehen Klimafolgeanpassung als Teil des Bevölkerungsschutzes

Hochwasser, Sturmereignisse und Vegetationsbrände nehmen zu. Dennoch stocken Deich- und Schutzprojekte, weil Genehmigungen und Zuständigkeiten blockieren. Wir fordern, dass die Deichbauprojekte in Jasebeck, Neu Darchau und Wussegel endlich umgesetzt werden und bestehende Sicherheitslücken geschlossen werden. Die Biosphärenverwaltung des Landes muss nach dem Prinzip arbeiten: *Menschenschutz vor Naturschutz* und nicht gegenteilig. Klimafolgeanpassung ist keine Option, sondern Pflicht.

5. Integration nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“

Integration gelingt nur, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht: auf Chancen und Pflichten gleichermaßen. Wer in unserem Landkreis Schutz sucht, erhält Unterstützung, Bildung und Teilhabe – muss aber auch Verantwortung übernehmen, unsere Regeln respektieren und zur Gemeinschaft beitragen. Wir stehen für eine Integrationspolitik, die realistisch, gerecht und wirksam ist: fördern, wo Wille besteht – fordern, wo Mitwirkung nötig ist.

5.1. Wir wollen das „Peiner Modell“ einführen

Arbeitsfähige Flüchtlinge haben keine sinnvolle Tagesstruktur. Das erzeugt Frustration und Akzeptanzprobleme. Wir fordern die Einführung des „Peiner Modells“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Es verpflichtet arbeitsfähige Leistungsbeziehende zu gemeinnützigen Tätigkeiten im öffentlichen Bereich – etwa bei der Pflege von Grünanlagen oder kommunalen Projekten. Arbeit strukturiert, stärkt das Selbstwertgefühl und fördert Integration durch praktische Teilhabe. Gleichzeitig entlastet sie kommunale Dienste und schafft Akzeptanz in der Bevölkerung.

5.2. Wir betrachten Arbeit als Schlüssel zur Integration

Sprachkurse allein reichen nicht aus, um Menschen in unsere Gesellschaft einzubinden. Wer arbeitet, lernt Sprache, Kultur und Verantwortung im Alltag. Wir fordern eine enge Zusammenarbeit von Jobcenter, Wirtschaftsförderung und Betrieben, um Geflüchtete frühzeitig in Beschäftigung zu vermitteln – auch in Teilzeit- oder 558-Euro-Tätigkeiten. Integration entsteht durch Tun, nicht durch Warten.

5.3. Wir wollen Sprachförderung mit Praxis verbinden

Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe, doch theoretische Kurse allein reichen nicht. Viele lernen schneller, wenn sie Sprache im Alltag anwenden. Wir fordern deshalb, dass die Kreisvolkshochschule Sprachkurse stärker mit praktischer Tätigkeit verbindet – etwa mit gemeinnütziger Arbeit oder beruflicher Ausbildung. Lernen und Handeln müssen zusammenfallen, damit Integration wirklich gelingt.

5.4. Wir sehen Mobilität als Voraussetzung für Integration

Ohne Mobilität bleibt Teilhabe Theorie. Wer keinen Zugang zu Verkehr hat, kann weder Sprachkurse noch Arbeit oder gesellschaftliche Angebote wahrnehmen.

Deshalb fordern wir, dass jeder Flüchtling, der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, ein Wendland-Ticket zum Preis von 39 € erhält. Diese Summe wird auf die Barmittel angerechnet, sodass keine zusätzlichen Kosten für den Landkreis entstehen. So wird Eigenverantwortung mit Unterstützung kombiniert – Integration durch Bewegung.

5.5. Wir wollen eine bedarfsgerechte und gerechte Unterbringung

Der Wohnungsmarkt ist angespannt, während der Landkreis teure Wohnungen für Geflüchtete anmietet, die oft nicht dauerhaft bleiben. Das ist weder effizient noch sozial ausgewogen. Wir fordern eine klare Linie: Flüchtlinge sollen grundsätzlich zunächst in gemeinschaftlichen Unterkünften – etwa in Neu Tramm – untergebracht werden. Ein Umzug in Wohnungen erfolgt erst, wenn eine Bleibeperspektive besteht, oder eine Ausbildung bzw. berufliche Tätigkeit aufgenommen wurde. Die derzeit rund 50 angemieteten Wohnungen sollen mittelfristig reduziert werden, um den Markt zu entlasten. Im nächsten Schritt sollen sie auch anderen Transferleistungsbeziehenden offenstehen – für mehr Gerechtigkeit und Transparenz.

6. Bildung modernisieren – Kulturlandschaft erhalten

Ein starker Landkreis braucht starke Bildung und lebendige Kultur. Wohnortnahe Kitas, funktionale Schulen, eine moderne Berufsausbildung sowie zugängliche Kulturangebote sichern Chancen, binden Familien und machen Lüchow-Dannenberg attraktiv.

6.1. Wir bauen frühkindliche Bildung und Kitas bedarfsgerecht aus

Wir treiben den Ausbau der Kitas konsequent voran und setzen bei Neubauten auf System- bzw. Modulbauweise, um schnell, wirtschaftlich und flexibel zu reagieren. Gleichzeitig sichern wir Qualitätsstandards.

6.2. Wir modernisieren Schulbauten konsequent und zweckmäßig

Viele Standorte brauchen funktionale Gebäude statt teurer Prestigeprojekte. Wir setzen auf wirtschaftliche, erweiterbare, serielle Modulbauweise, um Kosten, Bauzeiten und Betrieb zu optimieren. Modernisierung wird planbar, pragmatisch und lerngerecht.

6.3. Wir erhalten und modernisieren die Berufsschule BBS Lüchow

Die BBS Lüchow ist zentral für regionale Fachkräftesicherung. Verlagerungen von Ausbildungsgängen nach Uelzen oder Lüneburg schwächen die Region und sind zu

vermeiden. Wir bekennen uns zum Standort und treiben eine bedarfsorientierte Modernisierung der technischen Ausstattung voran, damit Ausbildung auf Höhe der Arbeitswelt stattfindet.

6.4. Wir wollen die Musikschule Lüchow-Dannenberg erhalten

Frühe musikalische Bildung stärkt Sprache, Konzentration und Kreativität. Wir sichern bestehende Programme der Musikschule Lüchow-Dannenberg und bauen sie – wo möglich – aus. Unser Ziel ist ein niedrigschwelliger Zugang für alle Kinder, unabhängig von Wohnort und Einkommen.

6.5. Wir wollen die Kreisvolkshochschule Uelzen–Lüchow-Dannenberg sichern und weiter ausbauen

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) Uelzen–Lüchow-Dannenberg ist ein zentraler Bildungsträger für lebenslanges Lernen, berufliche Weiterbildung und gesellschaftliche Integration in unserer Region. Sie ermöglicht Menschen jeden Alters Zugang zu Qualifikation, Sprachförderung, digitaler Kompetenz und kultureller Bildung. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Erhalt der gemeinsamen Kreisvolkshochschule Uelzen–Lüchow-Dannenberg. Ihre Arbeit ist unverzichtbar für Bildungsgerechtigkeit, Fachkräftesicherung und Integration. Wir wollen die KVHS personell und finanziell so erhalten, dass sie ihr Kursangebot dauerhaft sichern und neue Formate – etwa digitale Lernangebote, berufsbegleitende Qualifizierungen und Kooperationen mit Schulen, Betrieben und Vereinen – aufbauen kann. Lebenslanges Lernen darf keine Frage des Wohnortes oder Einkommens sein. Die Volkshochschule bleibt das Rückgrat der Weiterbildung im ländlichen Raum – wohnortnah, bezahlbar und praxisorientiert.

6.6. Wir halten die Schulverpflegung für wichtig – aber ohne Ideologie

Das Mensaessen soll gesund, frisch und bezahlbar sein. Ausschreibungen, die ausschließlich „ökologische“ oder „nachhaltige“ Speisen vorschreiben, sind mangels Anbieter oft nicht umsetzbar und treiben die Kosten in die Höhe. Wir lehnen solche Einschränkungen ab und setzen auf Qualitätsstandards, Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit – ohne ideologische Vorgaben.

6.7. Wir bauen Ganztagsangebote aus und binden freie Träger ein

Mit dem stufenweisen Rechtsanspruch ab 1. August 2026 darf gute bestehende Betreuung – etwa durch Popkorn e. V. – nicht geschwächt werden. Wir unterstützen diese Angebote weiter und fordern vom Land klare rechtliche Leitlinien, sowie ausreichende Finanzierung für Kooperationen zwischen Schulen und freien Trägern.

6.8. Wir sichern kulturelle Vielfalt, Kulturförderung und Museen

Kunst und Kultur stiften Identität und Zusammenhalt. Wir bekennen uns zur Kulturförderung von Landkreis und Samtgemeinden, geben Vereinen und freien Trägern Planungssicherheit und stärken unsere Museen als Teil der Bildungslandschaft – mit Fokus auf dauerhafte Sicherung und Weiterentwicklung.

6.9. Wir wollen Büchereien als Lernorte auch am Wochenende öffnen

Viele Menschen können Angebote nur am Wochenende nutzen. Wir wollen längere Öffnungszeiten mindestens am Samstagvormittag und im zweiten Schritt, wenn rechtlich möglich, auch am Sonntag. Hier sollen auch digitale Möglichkeiten zur Öffnung geprüft werden (z.B. wie in Tante Enso- Märkten). So schaffen wir bessere Zugänge zu Bildung, Kultur und lebenslangem Lernen.

7. Verwaltungsmodernisierung & interkommunale Zusammenarbeit

Effiziente Verwaltung ist Grundlage eines funktionierenden Landkreises. Durch Digitalisierung, klare Zuständigkeiten und enge Zusammenarbeit von Kreis und Samtgemeinden werden Abläufe schneller, Leistungen bürgernäher und Kosten niedriger.

7.1. Wir treiben Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung konsequent voran

Wir wollen die gemeinsame Digitalstrategie von Landkreis und Samtgemeinden weiterentwickeln und setzen sie diese konsequent um. Ziel sind einheitliche digitale Verfahren, zentrale Plattformen, saubere Datenhaltung und medienbruchfreie Anträge – mit spürbar besserem Service für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

7.2. Wir wollen das Gebäudemanagement mit Uelzen beenden

Das gemeinsame Gebäudemanagement Uelzen–Lüchow-Dannenberg hat sich nicht bewährt. Wir fordern den Austritt aus dem Zweckverband und mittelfristig den Aufbau eines neuen, kreisweiten Gebäudemanagements aller Kommunen im Landkreis.

7.3. Wir wollen Bürgerserviceboxen einführen

Viele Bürgerinnen und Bürger stehen vor dem Problem, dass sie wichtige Unterlagen, Personalausweise oder Reisepässe nur während der begrenzten Öffnungszeiten ihrer Samtgemeindeverwaltung abholen können. Berufstätige, Eltern und Pendler müssen dafür Urlaub nehmen, oder lange Wege in Kauf nehmen. Das ist weder bürgerfreundlich noch zeitgemäß. Wir streben daher die schrittweise Einführung von **Bürgerserviceboxen der Samtgemeindeverwaltungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg** an. Diese sicheren, elektronisch gesteuerten Abholfächer ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, Dokumente und Ausweise **rund um die Uhr, auch außerhalb der Öffnungszeiten**, kontaktlos entgegenzunehmen. Sie erweitern die Servicezeiten auf 24 Stunden täglich, entlasten die Mitarbeiter in der Verwaltung und schaffen echten Mehrwert für alle Bürger.